

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9036/39
Telefax: 989 848 ppbn d
Telefax: 21 0984

Inhalt

Ulrich Maurer, Gerd Walter
MdEP und Heidi Wieczorek-
Zeul MdB zu den historisch-
en Chancen, die den Deutschen
aus der Revolution im Osten
erwachsen: Preußen oder
Europa?

Seite 1

Horst Peter MdB zu den Folgen
der „Oktoberrevolution“ in der
DDR für die bundesdeutsche
Politik: Den Verhältnissen in
der DDR Ihre eigene Melodie
vorsingen. (Teil II und Schluß)

Seite 4

Dokumentation

Auf das „groteske Heranrob-
ben der CSU an Oskar“ in der
Frage des Anreizabbaus für
DDR-Übersiedler hat die
bayerische SPD in einer
Dokumentation hingewiesen.
Wortlaut

Seite 6

45. Jahrgang / 60

27. März 1990

Preußen oder Europa?

Zu den historischen Chancen, die den Deutschen aus der
Revolution im Osten erwachsen

Von Ulrich Maurer
SPD-Landesvorsitzender Baden-Württemberg
Gerd Walter MdEP
SPD-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein und Vorsitzender
der SPD-Europaabgeordneten und
Heidi Wieczorek-Zeul MdB
SPD-Bezirksvorsitzende Hessen-Süd und Mitglied im
SPD-Präsidium

Die friedliche Revolution in Osteuropa ist eine historische Chance
für Deutschland und Europa.

Zum ersten Mal können Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit
für alle Menschen in Europa Wirklichkeit werden.

Zum ersten Mal können die Europäer ihre Zukunft selbst be-
stimmen.

Zum ersten Mal können die drängenden ökologischen und öko-
nomischen Probleme im gemeinsamen Haus Europa gemeinsam
gelöst werden - ein zur Einheit zusammenwachsendes Deutsch-
land kann dabei eine zukunftsweisende Rolle spielen.

Dieser historischen Chance drohen vor allem zwei Gefahren:

Die Gefahr, daß sich der deutsche Wagen vom europäischen Zug
abkoppelt.

Und die Gefahr, daß die Einigung Europas in einer Woge des
Nationalismus und des Separatismus untergeht.

Der Zusammenbruch des Kommunismus hinterläßt ein Vakuum,
das durch eine neue politische, wirtschaftliche und sicherheits-
politische Ordnung gefüllt werden muß.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus /217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Herstellung/Druck
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



Dabei können die bestehenden Militärbündnisse im Rahmen des KSZE-Prozesses in gewandelter Form kurzfristig eine Funktion übernehmen. Die Neuordnung Europas muß aber darüber hinausweisen. Ohne einen europäischen Bundesstaat wird es keine dauerhafte Stabilität in Europa geben. Jetzt müssen die Vereinigten Staaten von Europa verwirklicht werden.

Die revolutionären Veränderungen in Osteuropa und in der Sowjetunion markieren das Ende der Nachkriegsära und wohl auch das Ende der als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstandenen Hegemonial- und Ordnungssysteme. Der Warschauer Pakt zerfällt. Damit entfällt auch die historische Begründung für die NATO. Das Ende des sowjetischen Hegemonialsystems ist auch das Ende des atlantischen Hegemonialsystems unter Führung der USA.

Damit wird die Emanzipation Europas von der Vorherrschaft der Supermächte möglich.

In dieser Lage scheiden sowohl Vorstellungen zur Verewigung der NATO als auch die gegenwärtig von der Sowjetunion am Beispiel Deutschlands entwickelten Neutralismus-Konzeptionen als Modell für die Neuordnung Europas aus.

Eine Verewigung oder gar Ausdehnung der NATO unter Führung der USA würde die Emanzipation der Europäer künstlich auf Ost- und Mitteleuropa begrenzen. Sie wäre darüber hinaus noch nicht einmal im (wirklichen) Interesse der USA, weil sie mit politischen Risiken und finanziellen Lasten verbunden wäre, die die Handlungsfähigkeit der amerikanischen Regierung im politischen Raum und auf dem Feld ihres enormen Bedarfs an inneren Reformen drastisch beschränken würde.

Die mit dem Begriff des Neutralismus verbundene Vorstellung eines starken deutschen Nationalstaats hat eine verheerende Wirkung auf den europäischen Einigungsprozeß. Sie riskiert eine instabile und potentiell explosive Lage in Europa, die schon einmal den Nährboden für die Schreckensherrschaft des deutschen Faschismus bildete. Sie schürt die Angst vor einem neuen aggressiven deutschen Nationalismus, die bezeichnenderweise zur Rechtfertigung für das westliche Bündnis gerät: für die NATO - aus Angst vor den Deutschen. Die zweideutige Haltung der Bundesregierung zur polnischen Westgrenze und ihre zunehmend unklare Haltung gegenüber dem Integrationsprozeß der EG haben den Sorgen unserer Nachbarn Auftrieb gegeben. Wenn der Prozeß der deutschen Einheit weiter zu Lasten des europäischen Einigungsprozesses forciert wird, droht den Deutschen zunehmende Isolation. Gleichzeitig besteht die Gefahr von Abwehrreaktionen und Mißtrauen unserer Nachbarn, die zusammen mit der Angst vieler Menschen vor den sozialen Kosten der deutschen Einheit eine Renaissance des deutschen Rechtsextremismus befördern könnte.

Weder die Erhaltung eines überholten Hegemonial- und Bündnissystems noch ein neues deutsches „Preußen“ liegen also im Interesse Europas. Nur die möglichst schnelle Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa ermöglicht eine stabile Neuordnung des Kontinents.

Dabei hat die Sozialdemokratie eine doppelte historische Aufgabe.

Erstens: Der Prozeß der deutschen Einheit muß so gestaltet werden, daß die deutsche Einheit zum Katalysator der Einigung Europas wird. Und daß in Deutschland eine soziale, ökologische Demokratie mit starken föderalen und kommunalen Strukturen entsteht.

Dieses Deutschland kann nicht als Ergebnis des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik entstehen, sondern muß das Ergebnis einer gleichberechtigten Verständigung der beiden deutschen Staaten über eine neue gemeinsame Verfassung auf der Grundlage des Grundgesetzes sein.

Diese Verfassung muß sich zur Zielsetzung eines europäischen Bundesstaates bekennen. Sie muß die Abgabe nationaler Souveränitätsrechte auf dem Gebiet der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik an diesen europäischen Bundesstaat vorsehen. Sie muß die bestehenden Grenzen in Europa ausdrücklich anerkennen und sich zu den Prinzipien des Föderalismus bekennen.

Sie sollte von einer verfassungsgebenden Versammlung erarbeitet werden, die noch im ersten Halbjahr 1990 gebildet wird.

Zweitens: Der europäische Einigungsprozeß muß so beschleunigt werden, daß sich die Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Gleichklang mit dem Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zu einem europäischen Bundesstaat vollzieht.

Das bedeutet bis 1992:

- Eine beschleunigte Verwirklichung des EG-Binnenmarktes einschließlich der Währungsunion und des „sozialen Europa“.
- Die Realisierung eines europäischen Entwicklungsprojekts Osteuropa mit finanziellen, ökonomischen und politischen Maßnahmen zur Erneuerung Osteuropas und der Sowjetunion.
- Herbeiführung der Grundsatzentscheidung, daß die EG nach 1992 zur großen politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaft Europas ausgebaut wird, die offen ist für die Staaten Osteuropas und für die Mitgliedsstaaten der EFTA.

Nach 1992 wird diese europäische Union schrittweise verwirklicht.

Der Aufbau vollzieht sich nach den Prinzipien des Föderalismus und der Subsidiarität.

Die Mitgliedsstaaten geben ihre außen-, sicherheits- und militärpolitische Souveränität an den europäischen Bundesstaat und seine Organe ab. Dabei kann im militärischen Bereich für eine Übergangszeit ein integriertes Oberkommando nach dem Vorbild der NATO-Kommandostruktur geschaffen werden.

Eine europäische Union wird auch über vollständig integrierte Streitkräfte verfügen. Diese müssen sich nach Zahl und Bewaffnung auf einem wesentlich niedrigerem Niveau als heute bewegen. Sie müssen defensiv sein, sich als Garanten der europäischen Friedensordnung verstehen und die notwendige Kontrolle des Abrüstungsprozesses gewährleisten.

Ein solches Verständnis europäischer Militärpolitik eröffnet auch heute neutralen Staaten den Zugang zur europäischen Union.

Der europäische Bundesstaat hat eine Wirtschaft- und Währungsunion. Er achtet und schützt die Rechte und Traditionen von Volksgruppen und Minderheiten.

Er bekennt sich zu echter und gleichberechtigter Partnerschaft mit den USA und der Sowjetunion.

Er verpflichtet sich, internationale Institutionen - insbesondere die Vereinten Nationen - zu stärken, weil globale menscheitsbedrohende Risiken nur noch durch globale Politik abgewendet werden können: im „Gemeinsamen Haus Europa“ muß das Bewußtsein vom „Gemeinsamen Haus Welt“ gestärkt werden.

Er achtet und fördert das Recht aller Staaten und Regionen auf eigene wirtschaftliche und soziale Entwicklung und anerkennt die besondere Verpflichtung der Europäer bei der Überwindung des Nord-Süd-Gegensatzes. Er verpflichtet sich, zwei Prozent seines Bruttosozialprodukts für ökonomische und ökologische Entwicklungsprojekte im Mittelmeerraum, in der Dritten Welt und in Osteuropa aufzuwenden.

(/27.3.1990/rs/ks)

Den Verhältnissen in der DDR ihre eigene Melodie vorsingen (Teil II und Schluß)

Zu den Folgen der „Oktoberrevolution“ in der DDR für die bundesdeutsche Politik

Von Horst Peter MdB

Die Entscheidung der Wähler in der DDR für die CDU ist eine für Kohl und seine Wohlstandsverheißungen und nur aus Mangel an anderer Gelegenheit eine für die Ost-CDU. Trotzdem sollte diese nicht aus dem Blick geraten. Mit dem Kreuz für Ost und West CDU haben sich die DDR-Wähler gegen die Aufhebung und Bewahrung der Oktoberrevolution und für das ökologische und ökonomische „Weiter so“ entschieden. Sie haben sich für eine Ost-CDU entschieden, die Verantwortung für stalinistisches Mitläufertum und für die ökologische, soziale und ökonomische Krise der DDR trägt, und für eine West-CDU, die hier Verantwortung für ökologischen und sozialen Raubbau und Entdemokratisierung der Gesellschaft trägt. Eine gesamtdeutsche CDU wird dann, nachdem die West-CDU schon nach 1945 den Nazi-Mitläufern Asyl bot, und die Ost-CDU 40 Jahre lang SED-Mitläufertum sakralisierte, gnadenlos SED-Politik gegenüber Oppositionellen in der Kirche und bei der Verstaatlichungswelle 1972 exkutierte, zur Heimstatt en suite von Nazis und Stasis beziehungsweise deren Mitläufern.

Notwendig ist auch ein Blick zurück auf mögliche Ursachen des angeblich unerwarteten Ausgangs der DDR-Wahl. Kohls Option für die vor Halbjahresfrist noch als stalinistische Satellitenpartei ausgegrenzte Ost-CDU entsprang einer kühlen machttechnischen Kalkulation. Die Ost-CDU verfügt ähnlich der SED/PDS über einen staatsfinanzierten Apparat, Personal, Technik, über know how. Diesen hochrangigen Standortvorteil wußte Kohl wie auch die PDS zu nutzen. Die Kombination aus professioneller Unterstützung der West-CDU, Apparat der Ost-CDU und Arrondierung des Terrains durch DSU und Demokratischen Aufbruch, die für die Allianz die Aura der Opposition einbrachten und die Ränder stabilisierten, ergab eine überlegene Wahlkampfmaschine, in der die West-CDU die Stoßrichtung angab und die DDR-Parteien die mitlaufende Komparserie stellte. Die SPD büßte für ihre mangelnde „Positionierung“ im sich entwickelnden politischen Koordinatensystem der DDR. Der schon im Januar nach einer Woche vollzogene Bruch des Bündnisses mit den Bürgerbewegungen verdeutlicht die strategische Unentschiedenheit der SPD in der Definition des politischen Gegners. War die SPD noch eine Formation der DDR-Systemopposition und war die Überwindung des SED-Staates das Hauptziel der SPD, dann hätte die SPD dieses die Opposition zusammenfassende Bündnis nicht verlassen dürfen. War sie aber um die Mehrheit der Wähler und die Regierungsmehrheit werbende und konkurrierende Partei, dann hätte sie die CDU als Hauptkonkurrent definieren müssen.

Die mit dem Verlassen des Bündnisses eingeleitete Erosion der Einheitlichkeit der Bürgerbewegung nahm dieser die Kraft, und führte zu einer am westlichen Vorbild orientierten Strukturierung der Parteienlandschaft, ebnete den Weg für die CDU und die Allianz. Diese Entwicklung öffnete dann auch Schnur den Raum für die Wende des DA zum Element des Unionsblocks. Forciert wurde diese Entwicklung durch die Bundes-SPD. Indem man eine Formation, die DDR-SPD, an sich band, patronisierte (DIE ZEIT), mußten sich die anderen Formationen zwangsläufig anderweitig binden. So geriet die SPD in eine Auseinandersetzung, in der der schwächere Gegner, die SED/PDS, noch attackiert wurde, während der stärkere Gegner im Rücken unbemerkt seine Position aufbauen konnte. Zuvor hatte man sich zudem noch seiner Bündnispartner entledigt. Entlang der gesellschaftlichen Konfliktlinie heißt dies: es ging nicht mehr um die Auseinandersetzung mit der SED/PDS um die Frage, Kommandowirtschaft oder „Marktwirtschaft“, sondern es ging mit der Allianz um die Frage Konditionen für eine Einigung mit der Bundesrepublik und die ökologisch und soziale Gestaltung der Gesellschaft. Und dabei hätte die SPD die Oktoberrevolution konsequent zur eigenen Botschaft machen müssen.

Über Tote nichts schlechtes, doch kommt man nicht umhin, festzustellen: Nachträglich ist das Wahlergebnis eine gehörige Ohrfeige für die SED und zeigt, wie wenig solche Politik wirklich tragen kann. Nach 40 Jahren stalinistischer „Erziehungsdiktatur“, ein gesellschaftlich-strategisches Projekt und keine pädagogische Veranstaltung, dominieren - wie auch in Rest-Osteuropa - nationalistische Attitüden, die Werte des Spießers und die Sekundärtugenden des Kleinbürgers. Auch der Stalinismus ist eine Verhaltensform des autoritären Charakters. Wie der Stalinismus in Deutschland nach 1945 auf den vorhandenen autoritären Strukturen aufbaute und für sich nutzte, so entläßt der Stalinismus die Menschen aus seiner Gesellschaft nach 40 Jahren ohne erkennbare Veränderungen und Unterschiede zu den vorgefundenen Strukturen. Wie die Menschen 1945 - ohne sich über ihr Tun vor 1945 Rechenschaft abzugeben - bruchlos in neue Identitäten und hinter neue Überväter in Ost und West flüchteten, so können sich 1989/90 DDR-Durchschnittsbürger, Mitläufer, Karrieristen und SED und Stasi-Kader bruchlos in der DM wiedererkennen.

Der 18. März ist für die deutsche Arbeiterbewegung ein Datum mit recht ambivalenten Erinnerungen: 18. März 1848, 18. März 1871 (Pariser Commune), 18. März 1890 (Rücktritt Bismarcks). Es ist zu hoffen, daß spätere Generationen im Rückblick auf den 18. März 1990 nicht zu dem Schluß kommen, daß dieses Datum die Umkehr zu einer Entwicklung markiert, die dann wieder einmal die Feststellung rechtfertigt, daß die Deutschen nur die Restaurationen mit den modernen Völkern teilen, ohne ihre Revolutionen zu teilen.

(-/27.3.1990/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION
=====

Heranrobben an Oskar

Auf das „groteske Heranrobben der CSU an Oskar“ in der Frage des Anreizabbaus für DDR-Übersiedler hat der Vorsitzende der Landesgruppe der Bayern SPD in Bonn, Ludwig Stiegler, hingewiesen. „Heute“, so Stiegler, warten die Spitzenvertreter der CSU als „schäbige Neidhammelsozialisten“ mit Forderungen auf, die nach ihrer eigenen Einschätzung „verfassungswidrig“ sind und glauben, eine „Stinkwut“ auf Innenminister Schäuble haben zu müssen, da er sich so lange gegen Kürzungen bei den Leistungen für Übersiedler gesträubt habe. Die bayerischen Sozialdemokraten haben eine Dokumentation hierzu erstellt.

Ende 1989, nach Öffnung der Mauer, forderte Oskar Lafontaine, DDR-Übersiedler nicht mehr gegenüber Bundesbürgern bei der Wohnungs- und Arbeitssuche zu bevorzugen und das Notaufnahmeverfahren und die Eingliederungshilfe zu streichen. Das Geld sollte besser in der DDR investiert werden.

Hier der Weg der CSU zu dieser Erkenntnis, gestützt auf Agenturmeldungen.

11.12.1989 / Waigel: „Die Forderungen Lafontaines sind verfassungswidrig. Die CSU wird solchen Forderungen nicht nachgeben, sondern auch in schweren Zeiten zu ihren Grundsätzen stehen.“

14.01.1990 / Bötsch, Landesgruppen-Chef: „Insoweit hätte ich Lafontaine nicht zu kritisieren.“

16.01.1990 / Streibl: „Kein Grund mehr für Sonderleistungen an Übersiedler.“

17.01.1990 / Kraus: „Populismus wird bei der SPD großgeschrieben.“ „Die SPD befindet sich voll auf Wendekurs.“

Bötsch: „Übersiedler ist es durchaus zuzumuten, sich in der Bundesrepublik selbst eine Wohnung zu suchen.“

10.01.1990 / Erwin Huber und Rudolf Kraus: „Lafontaine entwickelt sich zu einem bundesrepublikanischen Chauvinisten.“

28.01.1990 / Waigel: „Lafontaine hat demagogisch argumentiert“ und „hat die Argumentation der Republikaner übernommen“.

10.03.1990 / Bötsch wirft Lafontaine vor, daß er schon vor Monaten Leistungen an DDR-Übersiedler kürzen und damit das „Tor zur Freiheit“ habe schließen wollen.

13.03.1990 / Aus der CSU-Landesgruppe verlautet: Es herrsche eine „Stinkwut“ über den Innenminister (Schäuble), daß er sich solange gegen Kürzungen für Übersiedler gesträubt und wiederholt erklärt habe, daß das „Tor zur Freiheit offenbleibt“. Die CSU habe das Problem bereits im Dezember aufgegriffen.

CSU-Kraus: Spricht sich für die Streichung der Notaufnahmeverfahren und des Eingliederungsgeldes aus. Das Geld solle besser in der DDR investiert werden.

(-/27.3.1990/rs/ks)

* * *